

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 9 (1895)

45 (22.2.1895)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-252563](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-252563)

Norddeutsches Volksblatt.

Organ für Vertretung der Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Saut, Adolfsstraße Nr. 1.

Inseraten-Annahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inserate werden früher erbeten.

Abonnement	
bei Vorausbezahlung frei ins Haus:	
vierteljährlich	2,10 M
für 2 Monate	1,40 M
für 1 Monat	0,70 M
zgl. Postbefreiung.	

Er erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen.
 Inserate: die diergespaltene Seite 10 S. bei Wiederholungen Rabatt.
 Postzeitungsliste Nr. 5069.

Nr. 45.

Saut, Freitag den 22. Februar 1895.

9. Jahrgang.

Zerschende Elemente.

Wir haben schon des Ofteren dargestellt, daß der große Revolutionär, welcher die ganze bürgerliche Gesellschaftsorganisation von Grund aus zerrüttet und theilweise schon zerstört hat, Niemand Anderes als der Kapitalismus selber ist. Die „ewig Blinden“, welche die heutige Einrichtung für „ewig“ halten, machen zwar mit einer Fähigkeit, die einer besseren Sache würdig wäre, den Sozialismus, resp. die sozialdemokratische Agitation immer wieder zum Sündenbock für alle die großen Widerwärtigkeiten unserer Zeit. Aber auch bei untern Feinden beginnt es da und dort aufzudämmern und man erkennt, von wo die zerstörende Gewalt ausgeht, die alle Grundpfeiler der bürgerlichen Gesellschaft unterhölt.

So hat jüngst der französische Abgeordnete Boucher in dem Bericht über das Budget des Innern ein verzweiflungsvolles Bild von den sozialen Zuständen in Frankreich entworfen. Bürgerliche Blätter, die vor den Auswüchsen der Klassenkrajtheit selbst erschauern, beschuldigen Herrn Boucher der Schwarzmalerei. Aber uns scheint der Berichterstatter gar nicht zu schwarz zu malen, wenn er sagt:

„In allen Ländern wächst die Anzahl der Verbrechen in bedrohlichem Maße; in Frankreich schneller als irgend anderswo. Das ist nicht allein das traurige Ergebnis eines moralischen Verfalls, der in der ganzen zivilisierten Welt durch den Kampf ums Dasein herbeigeführt worden ist; es ist auch das Symptom einer Art nationaler Krankheit.“

Hier ist also anerkannt, daß die Vermehrung der Verbrechen in der kapitalistischen Ausbeutung ihre Hauptursache hat, denn nur von der letzteren kommt der „harte Kampf ums Dasein“. Danach hätte der Berichterstatter auch logischer Weise zuzugestanden, daß die Abhilfe schließlich nur in der Aenderung der Produktionsform selber gesucht werden kann. Aber dies einzusehen, dazu reicht der Verstand des bürgerlichen Normalmenschen nicht aus. Seine Produktionsordnung erscheint ihm als eine heilige, auf dem Rathschluß der göttlichen Vorsehung beruhende Institution, und daß sie eben so gut wie andere ausgelebte Formen wird einer Neugestaltung Platz machen müssen, derlei kommt ihm gar nicht in den Sinn. Wo steht es also? Bei der Polizei und bei den Gerichten.

Das ist der alte traurige Wahn, welcher der Polizei und den Gerichten eine übernatürliche Macht zuschreibt, ein Aberglaube, der uns nur bewiesen kann, mit welchem kümmerlichem „Auffklärung“ sich die herrschenden Klassen am Schluß des 19. Jahrhunderts noch begnügen.

Boucher sagt seine Meinung dahin zusammen: „Nun haben aber alle Epidemien ihren Grund in Vergehen gegen die öffentliche Hygiene und sind somit auf das Konto der

Gesundheitspolizei zu setzen. Die moralische Epidemie, die augenblicklich in Frankreich wüthet, muß deshalb gleichfalls ihren Ursprung in einer Art Zerrüttung unserer nationalen Hygiene haben. Mit der wachsenden Zahl der Verbrechen nimmt andererseits die Bekrafung und Vorbeugung derselben ab. Der Staatsanwalt Albert Guyon in Pau führte jüngst folgende Zahlen aus der Gerichtsstatisik von 1892 an: Von 450 000 den Gerichten unterbreiteten Strafsachen wurde 254 000 nicht statgegeben. Von dieser ungeheuren Zahl von leichtfertig eingeleiteten oder ungenügend verfolgten Angelegenheiten mußten 82 000, d. h. 32 Prozent fallen gelassen werden, weil die Schuldigen nicht erfaßt werden konnten. Diese Statistik der Straflofigkeit ist besonders deshalb beunruhigend, weil die 3 ferner seit 1886 in beständiger Wachsen begriffen sind und in fünf Jahren um nicht weniger als 14 Prozent sich vermehrt haben. Es ist überflüssig, den gefährlichen Einfluß, den ein derartiger Zustand auf die Vermehrung der Verbrechen in Frankreich ausüben muß, besonders nachzuweisen.“

Der Berichterstatter weist dann nach, daß die Polizei in den verschiedenen Kommunen sehr verschieden organisiert ist, und den dabei zu Tage tretenden Mängeln schreibt er die ungeheure Vermehrung der Vergehen und Verbrechen zu, obschon er anerkennt, daß diese aus dem „harten Kampf ums Dasein“, also aus der kapitalistischen Ausbeutung entspringt.

Der Kapitalismus in seinem Drang, an Produktionskosten zu sparen, setzt eine Menge von Menschen jährlich auf's Fluß, die ihm „überflüssig“ erscheinen. Diese „industrielle Reservearmee“, welche die Arbeitelöhne in sinkender Tendenz erhält, kommt auch bei der größten Nachfrage nach Arbeitskräften nie wieder ganz zur Verwendung; Massen von Menschen bleiben gezwungener Weise untätig und fallen dem Bettel, der „Vagabundage“ und dem Arresthaus anheim, auch wenn sie den besten Willen zur Arbeit haben. Ein Theil von ihnen sieht sich jedoch gezwungen von der Gesellschaft ausgestoßen und von jedem rechtlichen Erwerb abgeschnitten. Aus diesem Theil rekrutirt sich das Verbrechen, das nichts weiter als eine sozial-ökonomische Wirkung des Kapitalismus ist. Je größer die Ausbeutung, desto mehr Arbeitslosigkeit und desto mehr Verbrechen.

Wenn Polizei und Gerichte nicht so thätig wären, so würde dies an der Sache gar nichts ändern. Denn die Gerichte sind nicht im Stande, hungernde und verzweifelte Menschen mit ihren Urtheilen von Vergehen und Verbrechen abzusprechen. Die Abschreckungstheorie gehört auch zum juristischen Aberglauben.

Und wenn man die Gefängnisse von Oben bis Unten fällt — man kann hoch Hunderttausende nicht lebenslanglich einsperren; man muß sie wieder entlassen und die

Wirsten werden dann rückfällig, weil ihnen die Gesellschaft einen ehrlichen Erwerb wiederum abschneidet.

Den Werth einer erhöhten Thätigkeit der französischen Justiz charakterisirt der Berichterstatter selbst am besten dadurch, daß er sagt, in Frankreich kämen alljährlich 8000 Rechts-Tribünale vor.

Damit ist ein erschreckender Ausblick in die Zukunft gegeben. Diejenigen, welche den Todeskampf der bürgerlichen Gesellschaft mit durchleben, werden in dem Verbrechertum einen neuen Faktor erstarken sehen, der zerstörend in den sozialen Tiefen wirkt und schließlich dem Justiz- und Polizeiapparat vollständig über den Kopf wächst.

Das Verbrechertum ist heute schon vielfach organisiert und betreibt oft seine Vertheilung mit der Regelmäßigkeit und der Ordnung eines industriellen kapitalistischen Unternehmens. Das wird immer mehr zunehmen, je mehr Arbeitskräfte die verschärzte Konfurrenz und Ausbeutung auf die Strafe wirft. Der Kampf des Verbrechertums mit den Behörden wird zu einem Guerrillakrieg mit großen Brausamkeiten austarten und man wird immer erfinderischer werden in der Kunst, sich gegenseitig zu überlisten.

Die „Reform im Gerichte- und Polizeiwesen“, die man in Frankreich fordert, wird eine Reihe von neuen Stellen schaffen und eine Reihe von Mühsiggängern, an denen der Verwaltungsapparat in Frankreich ohnehin so reich ist und die ihn so kostspielig machen, werden sich herandrängen, um untergebracht zu werden.

Wie in Frankreich, so nehmen auch in anderen Ländern die Vergehen und Verbrechen zu und leblich aus denselben Gründen.

Alle öffentlichen Gewalten, von Feldmarschall bis zum Polizeibüttel, können an dieser Entwicklung der Dinge gar nichts ändern; so lange die kapitalistische Ausbeutung besteht, wird die Verwirrung steigen, und wo sie noch nicht da ist, da wird sie kommen.

Gegen dieses Unheil ist nur im Sozialismus Rettung zu suchen und die Menschen werden dies auch thun.

Politische Rundschau.

Saut, den 21. Februar.

— Aus dem Reichstage. Das Zentrum hat es offenbar sehr eilig, einen Entschluß über die Stellung der Regierung zum Jesuitenvertrag herbeizuführen. Gestern kam dieser Antrag bereits in dritter Lesung zur Annahme. Man darf darauf gespannt sein, ob die Regierung den oft abgelehnten Antrag nun annimmt oder ob sie glaubt, die Umkursvorlage vom Zentrum auch bewilligt zu erhalten, wenn die Jesuiten nicht heringelassen werden. Nach der bisherigen Haltung des Zentrums in der Umkursvorlage-Kommission wäre die zweite Annahme ja nicht unwahrscheinlich. In zweiter Lesung wurden dann die Anträge,

Roberte Sklavensjäger.

Roman von D. G. Her.

Nachdruck verboten.

In diesem Augenblick trat Friedrich in das Zimmer und überreichte dem Doktor Grifffhorn eine Karte. Sofort sprang dieser von seinem Sitze empor.

„Sie entschuldigen mich, bester Freund“, sprach er, „soeben erhalte ich wichtigen Besuch! Eine unserer besten Quellen, da lesen Sie selbst. Ich bin bald wieder bei Ihnen, lassen Sie sich das Essen zwischendurch schmecken.“

Er trat in den Empfangsalon zurück, sorgfältig die schweren Portiären hinter sich schließend, während Walter Rötter erkannt auf die kleine Karte blickte, welche Grifffhorn ihm gegeben hatte. Die goldgeränderte Karte trug eine Freireiterkrone und darunter den altadeligen Namen: „D. von Waldenburg-Steinfurth, Geheimrer Regierungsrath.“

Geheimrath von Waldenburg-Steinfurth bewohnte die erste Etage eines großen palastartigen Hauses in der Bülowstraße. Das geräumvolle Treiben der inneren City führte in dieser vornehmeren Straße des Westens nicht den ruhigen, orfistokratischen Haushalt des hohen Beamten, der erst seit einigen Jahren in Berlin wohnte, sich indessen bereits eine hervorragende Stellung in der Gesellschaft erworben hatte.

Herr von Waldenburg stand im Dienst eines der mitteldeutschen Kleinstaaten und war hier, wie man in eingeweihten Kreisen versicherte, zu einer hohen Stellung angetreten. Einkommen war er jedoch dem preussischen Ministerium zugetheilt, wo er seine staatsmännliche Bildung vollenden und sich zu dem Verzug des künftigen Ministerpräsidenten vorbereiten sollte. Er arbeitete in den verschiedenen Ressorts und hatte sich als ein thätiger und strebsamer Beamter erwiesen. Sein Auftreten in der Gesell-

schaft, die Vornehmheit seiner Haltung, sowie die Frömmigkeit und der Wohlthätigkeitsinn seiner Gemahlin zeigten ferner, daß er sich des Weges wohl bewußt war, der zu hohen Kammern und Würden führte. So lag gegenüber dem Hause des Geheimraths ein großes Hospital mit parkähnlichem Garten, dessen Räume den Einblid in die Fenster des im trüchlichen Stil errichteten Hauptgebäudes verhiinderten. Christliche Barmherzigkeit hatte das Krankenhaus gegründet und große Frömmigkeit herrschte innerhalb desselben. Geheimrath von Waldenburg gehörte zu den Protektoren dieser Anstalt, und die Frau Geheimrätthin sah mit anderen Damen der hohen Reichsofratie in den Vorhand, der die Geschäfte des Krankenhauses in durchaus frommen und gottgefälligen Sinne leitete.

An diesem wichtigen Novembertag stand der Geheimrath von Waldenburg an dem Fenster seines Arbeitszimmers und blickte mißmuthig auf die Räume des gegenüberliegenden Parks, welche die lahlen Zweige gleich trostlos lebenden Armen zum grauerdigen Himmel emporstreckten. Herr von Waldenburg hatte doppelten Kummer heute Morgen schon gehabt; einmal hatte er sich wieder auf's Bestimmte erkocht über einen Artikel eines oppositionellen Blattes, der eine deutlich zu merkende Spitze gegen ihn selbst barg, und dann war dieser Letztere ein Gespöck beigefügt, das nicht geeignet war, seine Laune zu verdrängen. Frau v. Waldenburg hatte mit ihm über die Wintergeräber ihrer eigenen Person und seiner Tochter Malvine oder Malos, wie sie abgekürzt genannt wurde, gesprochen, und das war stets eine schwere Stunde für den Herrn Geheimrath. Frau Hermine v. Waldenburg, die zweite Frau des Geheimraths war eine sehr fromme Dame, aber sie verdröte ihren Gott gern in den neuesten und kostbarsten Toiletten; sie ging nicht zu Fuß nach dem Gotteshaus, sondern fuhr dorthin in eleganter zweispänniger Equipage mit Kutscher und

Diener; sie that viel Gutes, d. h. sie suchte nicht in eigener Person die Wohnungen der Armut auf, um Roth und Kummer zu lindern, sondern ihr Name stand auf allen Wohlthätigkeitslisten mit einer namhaften Summe in erster Reihe, und sie selbst präbizierte verschiedene Wohlthätigkeitskomitees, die zugleich Vergnügungskomitees für die vornehme Welt hies. Wohlthätigkeitsbälle, Wohlthätigkeitskonzerte, Wohlthätigkeitsbazar und Wohlthätigkeitstheater wechselten in bunter Reihenfolge miteinander ab; dayzwischen fielen die offiziellen Festlichkeiten der vornehmen Gesellschaft, der Minister und Geheimräthe, der Generalität und einiger Geheimrer Kommerzienräthe, und schließlich die Hoffeste, so daß in der That Frau v. Waldenburg keine Zeit hatte, sich ihrem Kummer oder den Kindern desselben aus erster Ehe zu widmen. Ihren Mann und ihre Stiefochter Malos schleppte sie fast gewalttham durch das Meer dieser Festlichkeiten. Eigene Kinder belaf sie noch immer sehr häßliche und schöne vierzigjährige Dame nicht. Der älteste Sohn des Geheimraths hießte Cameralia in Bonn; sein tolles Leben in der Residenz war nicht mehr zu ertragen gewesen, und so hatte man ihn nach der Rheinischen Universität geschickt, wo er sich austoben mochte. Für seine Stiechtöchter hatte Frau v. Waldenburg stets ein mildes Wort zur Hand, obgleich dieselben dem Herrn Geheimrath manche schwere, sorgenvolle Stunde bereiteten. Jzt sollte er wiederum Laufende von Park für die Toilette seiner Gemahlin und für die dummen Streiche seines Herrn Sohnes herbeischaffen, und er wußte kaum, woher er am nächsten Erben die Zinsen nehmen sollte, um die auf seinen Namen laufenden Wechsel zu prolongiren. Und nun noch in letzter Zeit die politische Mater gewisser Zeitungen, über offiziöse Schriftleiter zu sprechen. Es war zum Raufen worden.

(Fortsetzung folgt.)

das Wahlrecht in den Bundesstaaten betreffend, verhandelt; in der Hauptsache dreht sich die Verhandlungen auch diesmal wieder um die Verfassungszustände in Mecklenburg. Auf einige prophete Bemerkungen des mecklenburgischen Bevollmächtigten v. Derksen, dessen wenig hübsche Gesprochenheiten neulich schon Genosse Singer zum Gegenstand einer treffenden Kritik gemacht hatte, amnotierte die Abg. Richter und Bachs die von den Freisinnigen. Die Antwort brachte den mecklenburgischen Baron so in den Genuß, daß er für einen Augenblick den Reichstag mit seinem heimlichen Dohlefall zu verwechseln schien und den beiden Herren, die vor ihm geredet hatten, ganz grobe unparlamentarische Beleidigungen in's Gesicht schleuderte. Das gab Anlaß zu einer großen tumultuarischen Szene. Auf der linken erhob sich sämtliche Mitglieder, liefen auf die Rednertribüne heran und hinderten durch fortwährende laute Rufe „zur Ordnung“ den Bevollmächtigten am Weiterreden, erreichten auch, daß dieser, ohne den Satz vollendet zu haben, sich wüthendbrannt auf seinen Sessel niedersetzte und Präsident v. Lepow sein Bedauern über die vom Bundesratspräsidenten gefällene Aeußerung aus sprach. In Anbetracht, daß sich Herr v. Lepow grundtätlich zu keiner direkten Rüge Regierungsvertreter gegenüber veranlaßt sieht, die Berechtigungsfrage nach Lage der Geschäftordnungen auch eine zweifelhafte ist, mußte man mit diesem inordentlichen Ordnungsruf zufrieden sein. Schließlich trat man noch in die Beratung des Antrages Hies, eine Enquete darüber zu veranstalten, ob die Frauennarbeit noch weiter beschränkt werden darf, ein, kam damit aber nicht zu Ende.

Die Umsturzkommission hatte gestern eine Sitzung, in welcher über den § 126 des St. G. B., Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Verbrechen“ entschieden worden ist. Dieser Paragraph ist bekanntlich im Entwurf dadurch verschärft worden, daß man das Wort „gemeingefährlich“ streich und einen Absatz anfügte, der lautet: „Dat der Täter in der Absicht gehandelt, auf den gewaltsamen Umsturz des Staates hinzuwirken, oder darauf gerichtete Bestrebungen zu fördern, so tritt Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren ein, auch kann auf Polizeiaufsicht erkannt werden.“ Die Zentrumsmitglieder, die in der letzten Sitzung den neuen Absatz strikt ablehnten, brachten jetzt einen Vermittlungsantrag ein, der den § 126 wie folgt gestaltet wissen wollte: „Wer durch Androhung eines Verbrechens den öffentlichen Frieden stört, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und wenn die Androhung mit Hochverrat, Mord, Raub oder einem Verbrechen der §§ 312, 313, 315, 322, 323 und 324 (sogenannte gemeingefährliche Verbrechen) erfolgt ist, mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft. Gegen den Paragraph und auch den Vermittlungsantrag wenden sich Debel, Langmann und Barth, für den Antrag sprechen sich bedingungslos aus Gemecetus und der Konserverativ v. Salich. Die Abg. Buchta und Diani suchen durch Verbesserungsanträge die vom Zentrum vorgeschlagene Fassung präzisier zu gestalten. Geheimrath Niederberg, der diesmal die Vorlage verteidigte, behauptete in seiner Begründung u. A., Liebknecht habe im Jahre 1884 sogar im Reichstag erklärt, die Sozialdemokratie wolle die gewaltsame Revolution. Debel wies an der Hand des amtlichen stenographischen Berichtes nach, daß Liebknecht gerade das Gegenteil von dem gesagt, was Niederberg ihm untergeschoben. Der Konserverativ v. Salich wollte durch das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktionsmitglieder in der Kommission solchere, daß diese eine Schwerkraft nach rechts aber nur aus taktischen Gründen gemacht hätten und sich bemühten, als Ordnungspartei zu erscheinen. Frohme diente dem vorklaunten Junker treffend, indem er meinte, das könne nur jemand behaupten, der sich über die Sozialdemokratie und ihre Literatur in glücklicher Unwissenheit befände. Bei der darauf folgenden Abstimmung wurde zunächst der Absatz 2 der Regierungsvorlage mit 15 gegen 12 Stimmen abgelehnt, desgleichen alle Besuchsanträge und der Zentrumsantrag mit 16 gegen 10 Stimmen. Dann wurde der Absatz 1 der Regierungsvorlage mit 19 gegen 8 Stimmen angenommen. Nächste Sitzung Freitag.

Die Reichstagskommission zur Vorbereitung des Gesetzesentwurfes über die Gewerbe- und Berufsämter nahm die Vorlage in zweiter Lesung an und sahre dazu die Resolution, der Bundesratung soll es den Landesregierungen überlassen, gewisse Zusatzfragen über die Verhältnisse der Arbeitgeber zu stellen.

Die Justizkommission des Reichstages lehnte in Konsequenz vorhergehender Beschlüsse die §§ 69, 121 und 133 ab, durch die die Kompetenz der Landesjustiz-Verwaltungen gegenüber den Präsidentschaftsämtern erweitert werden sollte. Ebenso lehnte sie gegen 1 Stimme § 65 der Regierungsvorlage ab, der über die Vertretung des Präsidenten handelt. Es bleibt somit bei der bisherigen Fassung.

Am preussischen Abgeordnetenhaus hat dieser Tage die erste Beratung des neuen Stempelsteuerentwurfes stattgefunden. Die Vorlage wurde an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Die Zentrumsmitglieder werden ihren Sitz im Reichstage in Sachen der Umsturzbeschränkung immer unbehaglicher. Kürzlich hat eine unter der Leitung des bekannten Kaplans Dr. Oberdorfer in Jherlohn tagende Versammlung christlicher Arbeiter der Kreise Altena und Jherlohn einen Beschluß gefaßt, in dem es zur Umsturzvorlage heißt: „Die verammelten christlichen Arbeiter verlangen, daß Recht und Gerechtigkeit in jeder Beziehung die leitenden Grundzüge in der Gesellschaft bilden, sie erklären sich daher auch gegen alle Maßnahmen, welche die politische Freiheit beschränken, den freien Meinungsaustausch und die freie Kritik bestehender Verhältnisse, Krebsgeschäden in Wort und Schrift erschweren, und erwarten von der

deutschen Volksvertretung, insbesondere auch von der Zentrumsfraktion im deutschen Reichstage, die entschiedene Ablehnung der sogenannten „Umsturzvorläge“, die, ohne irgend welche Gewähr für den Schutz an Religion, Sitte und Ordnung zu bieten, nur eine der Gerechtigkeit widersprechende Beschränkung der politischen Freiheit des Volkes bedeutet und hat bessere Zustände nur schlimmere Verhältnisse herbeiführen würde.“

Ein Protektbeschuß gegen die Umsturzvorlage wurde am 9. d. M. in einer Versammlung des Münchener Journalisten- und Schriftstellersvereins gefaßt und eine Kommission mit Ausarbeitung der Resolution betraut. Diese hat jetzt folgende definitiv: Form erhalten: „In Erwägung, das geistige Kampfe nicht durch Gewaltmittel irgend welcher Art, sondern nur in freier, offener Aussprache entschieden werden können; in Erwägung, daß bisher schon auf diesem Gebiete die Behörden, insbesondere gegen die Presse weitgehende Beschränkungen hatten, welche den freien Meinungsaustausch wesentlich behinderten und teilweise durch ihre nicht einwandfreie Anwendung wie Ausnahmegelege wirtten; in Erwägung, daß jetzt diese Beschränkungen durch die sogenannte Umsturzvorlage noch um eine Reihe unklarere und bestimmter Bestimmungen vermehrt werden sollen, welche der beruflichen Tätigkeit der Journalisten und Schriftsteller schwere Hemmnisse selbst dann bereiten werden, wenn eine Verschärfung derselben durch willkürliche schiebige Gesetzesauslegung ebenso bestimmt ausgeschlossen wäre, wie sie z. B. erfahrungsgemäß wahrscheinlich ist; in Erwägung endlich, daß auch die Aussicht auf eine milde Anwendung der Umsturzvorlage, im Falle sie Gesetzeskraft erlangt, nicht verlockend wirken kann, da Gesetze weder mild noch scharf, sondern ohne Rücksicht auf Personen und Parteien pflichtgemäß ausgeführt werden sollen, beschließt der Münchener Journalisten- und Schriftsteller Verein, zur Wahrung seiner beruflichen Interessen an den hohen Reichstag die Bitte zu richten, dem Gesetzentwurf betreffs Aenderung und Ergänzung des Strafgesetzbuches, des Militärstrafgesetzbuches und des Gesetzes über die Presse die Zustimmung zu versagen.“ Die Resolution soll nunmehr unverzüglich an die sämtlichen kollegialen Vereinigungen Deutschlands mit der Bitte um Anschluß gelehrt werden.

Eine große öffentliche Wählerversammlung in Hoford erklärte am Dienstag Abend nach einem Vortrage des Reichstagsabgeordneten Pridnick eine konstitutionelle Verfassung für Mecklenburg für unentbehrlich.

Die Reichstagserversammlung im Kreise Wolsheim-Estein wird voraussichtlich am 7. April stattfinden.

Der sozialdemokratische Wahlkreis in Stuttgart, der die verschmelzende Niederlage des württembergischen Nationalliberalismus bezeugt, hat das ordnungsparteiliche Gemüth der „Köln. Ztg.“ in's Innerste empört. Voller Grimm wettert sie gegen die Parteileiter in einer Korrespondenz aus Stuttgart: „Der gestrige Tag ist ein verhängnisvoller, ein ater dies in der Chronik unserer Stadt; an ihm ist die rote Fahne über ihren Thürmen aufgezo gen worden. Länger als andere Großstädte hat sie sich ritterlich des Ansturmes der Sozialdemokratie erwehrt, die vier Mal, 1887, 1889, 1890 und 1893, den vergeblichen Versuch machte, sie zu nehmen. Auch heute hände sie noch unbedungenen, wenn nicht die „bürgerliche Demokratie“ den unerhörten Verrath begangen hätte, die Residenz eines der deutschen Könige an die Internationalen auszuliefern.“ — Scredlich! Uebtrigens spiegelt auch die Rede, die der durchgefallene nationalliberale Kandidat Dr. Schall am Abend des Stichtags abgab, die wunderbare Weltanschauung der Nationalliberalen wieder. Er sagte u. A.: „Das allgemeine Wahlrecht hat heute ein Unrecht begangen.“ Wenn die Wähler also die Leuten, die Jahrzehnte lang die Interessen der Wähler verlogen haben, heimlich, dann ist das ein „Unrecht“. Nicht als „Unrecht“ betrachten es aber die Herren, wenn eine viele Tausende von Anhängern im Lande zählende Partei gar nicht vertreten ist. Dagegen empört sich nationalliberale Rechtsgelüb nicht.

Wenn das ein Sozialdemokrat gesagt hätte! Herr von Wangenheim leistete auf der Generalversammlung des Bundes der Landwirthe u. A. folgenden Satz: „Geht es so weiter, so können wir getrost Deutschland in eine russische oder französische Hälfte theilen und im Kriegsfall wird Deutschland ohne einen Kanonenschuß besiegt sein.“ — Würde das ein Sozialdemokrat und kein „notleidender Bauer“ gesagt haben, so hätte man Ach und Weh ab des Landesvertraths geschrien.

Für die Militäranwärter hat Minister von Köller offenbar ein sehr warmes Herz. Er hat an die Provinzial- und Lokalbehörden nachgehende Verfügung erlassen: „Aus Anlaß eines hier zur Erörterung gelangten Falles eruche ich Em. x. im Einverständniß mit dem Herrn Kriegsminister ergeben, die Kommunalbehörden des dortigen Bezirks gefälligst darauf aufmerksam zu machen, daß nach § 13 des Gesetzes vom 21. Juli 1892, betreff. die Belegung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen in der Verwaltung der Kommunalverbände mit Militäranwärtern, die Annahme einer Bewerbung nur dann von einer informatorischen Beschäftigung abhängig gemacht werden darf, wenn die Eigenschaftsmittheilen des Dienstzweigs dies erweisen, nicht aber, wenn andere Rücksichten, beispielsweise finanzielle Interessen der Kommunalverwaltungen, eine solche Beschäftigung wünschenswerth erweisen lassen. Für die unteren Stellen des Polizeidienstes ist eine informatorische Beschäftigung nicht erforderlich, ebensowenig, wie sie von den königlichen Polizeiverwaltungen für die Anstellung in der Schutzmannschaft verlangt wird.“ — Bei den wichtigen Funktionen, welche den unteren Polizeibeamten in vielen Fällen übertragen werden, Ueberwachung

von Versammlungen u., erscheint uns — meint die „Zef. Ztg.“, der wir die Nachricht entnehmen — eine zu wenig informatorische Beschäftigung der Militäranwärter denn doch nicht sehr wünschenswerth.

Oesterreich-Ungarn.

Budapest, 19. Febr. Auch in Ungarn wollen die Klassenbewußten Arbeiter von den Ultramontanen nichts wissen und wenn diese sich auch ein katholisch-nollparteiliches Mantelchen umbängen. Die Deutcher sind erkannt. Vier sozialdemokratische Versammlungen fanden kürzlich statt, in welchen mit aller Entschiedenheit eine jede Gewerkschaft mit der katholischen „Vollspartei“ zurückgewiesen wurde.

Budapest, 20. Februar. Im ungarischen Abgeordnetenhaus ist gestern eine eigenhändige Kollekte für die Nothleidenden im Lande veranstaltet worden. Ein Abgeordneter stellte den Antrag, das Abgeordnetenhaus solle zu diesem Zwecke auf die Diäten eines Tages verzichten. Der Antrag kam heute zur Verhandlung und wurde mit dem Annehmen, die Summe unter die Nothleidenden des ganzen Landes proportionell zu vertheilen, einstimmig angenommen. Wenigstens will die Großmuth des Abgeordnetenhaus nicht verkleinern will — sie beträgt pro Abgeordneten volle 10 fl. — so wäre es aber immethin räthlicher, eine bessere Politik zu treiben, als so tendenzlos „Humanität“ zu heucheln. Wenn man die Auekterpolitik der großen Magnaten beschreiben würde, wäre es zwar nicht so ieffektiv, deshalb aber doch nützlicher als jener Danksverzicht.

Frankreich.

Paris, 19. Februar. In der Deputirtenkammer wurde die Verwendung der geheimen Fonds berührt. Bei der Beratung des Budgets des Ministeriums des Innern beantragte nämlich Genosse Prudent die Aufhebung der geheimen Fonds; er behauptete, dieselben würden an Revolver-Journalisten vertheilt. Der Minister des Innern bekämpfte diesen Antrag und versicherte, die geheimen Fonds würden für den Dienst der öffentlichen Sicherheit verwendet. Darunter läßt sich vieles verstehen. — Obert fragte, ob die Regierung entschlossen sei, die Censursanglegenheit zu verfolgen. Der Justizminister versicherte, alle Schuldigen würden vor Gericht gestellt werden. Der Antrag Prudent wurde mit 363 gegen 120 Stimmen abgelehnt und das Kapital „geheimen Fonds“ genehmigt.

Gewerkschaftliches.

Wachung, Zöpfer! Die über die Wechheit von Dohm in Lübeck verhängte Sperre lautet fort. Dohm ist ferngeblieben. — Außerdem ist für Zöpfer Bezug genommen nach Berlin, wie bisher nach Berlin, gleichfalls nach der Neumärkischen Dienstbotenbrüder bei Kramhof und nach Buzarek. Ferner für Schreibensarbeiter nach Köslitz in Anhalt.

Wachung, Sigarenarbeiter! In der Sigarenfabrik von Wulf in Neumünster sind Lohnhinterzungen ausgebrochen, weshalb vor Saug gewarnt wird.

Aus Stadt und Land.

Bant, 24. Febr. Die zweite in Wilhelmshaven in der Bildung begriffene Elektrizitäts-Gesellschaft, die in der Reonstraße ihren Sitz hat, bemüht sich gleichfalls, der Gemein de Bant ihr Licht spenden zu dürfen, allerdings für das gute Geld der Gemeindegeldkasse. Doch muß gelagt werden, daß nach den Vorarbeiten, die einige hiesige Einwohner erhalten, beim Anschluß an diese Gesellschaft die Anschaffungskosten erheblich niedriger sein würden, als sie in der neulichen Versammlung von Vertretern der anderen Gesellschaft ausgerechnet worden sind. Jedenfalls ist die Koartierung unter diesen beiden Gesellschaften für das Publikum vorthellhaft und wird dasselbe vor einer Uebertheuerung bewahrt. Wohlgerne aber wird eine Vereinigung der beiden Konfortien erfolgen. (Siehe unter Wilhelmshaven.)

Wilhelmshaven, 21. Febr. In der vorgestrigen Versammlung des Hausbesitzervereins, der sich immer mehr zu einem Jakobinerklub zur Vertretung der Interessen der Grundbesitzer herausbilden dürfte und auf die Entschlüssen im Rathhauseaal nicht mehr ohne Einfluß ist, wurde über eine ganze Reihe von Dingen verhandelt, die auch für weitere Kreise von Interesse sind. Zunächst kam die Motorwagenverbindung zwischen Eckwarderhörs und Nordenham zur Sprache. Bekanntlich wollte der Hausbesitzerverein einen solchen Wagen anschaffen und in Betrieb setzen, doch hat sich in Vüljabinen ein Unternemer gefunden, der zwei solcher Wagen fahren lassen wird. Das Bahnprojekt Wilhelmshaven-Kurich-Deer kam auch zur Sprache und sprach man sich allseitig für eine Vollbahn aus. In Verbindung mit der Straßenreinigung wurde auch die Abfahr des Müll und der Fäkalien besprochen. Das Straßenrecht soll auch nach der Fäkalienanlaß, die am Spittbam oder einer anderen Stelle am Ems-Jade-Kanal errichtet werden soll, gebracht werden. Wie es scheint, hat man sich endlich mit dem Obanten befreundet, die Fäkalienanlaß an einen anderen Ort als dem Spittbam zu errichten. Bei dieser Gelegenheit wurde wieder behauptet, daß durch die Anlaß die Luft nicht verpestet würde und man den Geruch höchstens auf eine Entfernung von 60 bis 100 Meter wahrnehmen könne. (Barum bleiben die Herren dann nicht mit der Anlaß auf Wilhelmshavener Gebiet, wenn der Betrieb so geruchlos ist? D. Ab.) Nachdem die Versammlung von der Düngeranlaß auf Hochmoor sich bezogen und im Hochmoor gewisser Projekte geschweigt, beschäftigte sich dieselbe mit der elektrischen Beleuchtung. Anlaß dazu gab ein Flugblatt, das vor Beginn der Versammlung den in das Lokal Eintretenden von einem Sendboten des armen Döschbäuler zugestekt worden war. Das Flugblatt behandelte die Vortrefflichkeit und Billigkeit des Gasglühlichtes. Ein Vertreter der zukünftigen Elektrizitäts-Kompagnie verteidigte

das elektrische Licht, Andere schimpften über das theuere und schlechte Gas, und dürfte Herr Oeschelbauer kaum Mitleid für sich in dieser Gesellschaft erregt haben. Die weitere Verhandlung über diesen Gegenstand zeigte, daß man im Allgemeinen für die Einführung des elektrischen Lichtes sehr günstig gestimmt war, und daß eine Vermählung der beiden in der Bildung begriffenen Elektricitäts-Gesellschaften in Aussicht steht.

Wilhelmshaven, 21. Febr. (Von der Marine.) Nach telegraphischen Meldungen an das Oberkommando der Marine ist das Kanonenboot „Jitta“, Kommandant Kapitänleutnant Ingenohl, gefahren von Hinlang nach Ranting in See gegangen. Das Schulschiff „Stein“, Kommandant Kapitän zur See v. Bietersheim, ist am 19. Februar in Gibraltar angekommen und wird am 27. Februar die Reise nach Dartmouth fortsetzen.

Oldenburg, 20. Febr. Eine prächtige Illustration der Harmoniebildung gelangt soeben zu unserer Kenntnis. Bekanntlich machten die Hitzsch-Dandieraner vor einiger Zeit in Oldenburg Aufregungen, die Fabrik- und Handarbeiter für ihre Zwecke zu gewinnen, welche Arbeit aber vergebens war. Nebenfalls um auf anderem Wege zum Ziele zu gelangen, wandte sich Herr Sandbock (in der Eisenbahn-werkschule beschäftigt) um Hilfe an den Direktor der Wapspinnerei. Dieser soll jedoch erwidert haben, daß er sich mit derartigen Angelegenheiten nicht befaßt, sondern daß die Arbeiter dies selber zu bestimmen hätten! Ein Kommentar ist wohl überflüssig und steht nur die Frage offen: Wo ist die Scham geblieben! Ja, die ist für solche Leute zu den Händen geflohen!

Abbehausen, 19. Febr. Eine schauerliche Mordthat erregt hier und in der ganzen Umgegend die Gemüther und wird darüber folgendes erzählt: Als der Hofbesitzer Deloenthal hierherst am letzten Freitagabend um 10 Uhr zu Hause kam, war die ihm seit langen Jahren den Haushalt führende Ww. D. Siebe nirgends zu finden. Auf der Suche nach ihr kam D. auch an den Hütherrath und hier bot sich ihm ein schrecklicher Anblick dar. Die Ww. Siebe lag hier blutüberströmt und war todt. Schnell holte D. einige Nachbarn herzu. Die so jäh aus dem Leben Geriffene war eine fleißige in ihrem Berufe gewöhnliche Frau. Daß ein Mord vorliegt, demeth der Umstand, daß der sonst so machtsame Hund des Deloenthal am Morgen nach der That neben der Scheune todt aufgefunden wurde. Er hatte eine große Klaffenbe Wunde am Halse.

Bremen, 19. Febr. Die deutsche überseeische Auswanderung über deutsche Häfen, Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam stellt sich im Januar 1895 und im gleichen Zeitraum des Vorjahres folgendermaßen:

Es wurden befördert über:	1895	1894
Bremen	558	668
Hamburg	579	633
deutsche Häfen zusammen	1137	1301
Antwerpen	167	121
Rotterdam	26	19
Amsterdam	—	1
Uebershaupt	1330	1442

Kus deutschen Häfen wurden im Januar d. J. neben

den vorgenannten 1137 deutschen Auswanderern noch 2758 Angehörige fremder Staaten befördert. Davon gingen über Bremen 1651, Hamburg 1107.

Bremen, 20. Februar. Das vor den Weibern der Weserbrücke hochaufgetürmte Eis erregt in maßgebenden Kreisen Besorgniß für den zu erwartenden Eisgang. Es werden bereits Sprengungen vorgenommen, was nach Lage der Dinge eine äußerst mühselige Arbeit ist. Der günstige Verlauf des Eisgangs wird davon abhängen, daß nicht plötzlich warmes Wetter mit starkem Regen eintritt.

Vermischtes.
— Durchgebrannt. Mit 19000 Mk. geschloßenen Geldern ist nach einer Mitteilung der Polizeidirektion in Danzig der 18jährige Alfred Levi von dort flüchtig geworden.
— Zwei Dollars pro Buchstaben. Die neue Erzählung des Grafen Leo Tolstoi „Der Herr und der Arbeiter“ ist noch nicht im Druck erschienen und hat doch schon, wie die „St. Petersburger Zeitung“ mittheilt, einen erstaunlichen Erfolg gehabt. Es soll nämlich irgend ein amerikanischer Verleger dem Grafen Tolstoi für die Uebersetzung der neuen Erzählung zwei Dollars pro Buchstaben geboten haben. Da im Bogen 35 000 Buchstaben gezählt werden, so besifferte sich dieses grandiose Angebot auf 70 000 Dollars oder circa 80 000 Rubel in Gold pro Druckbogen. Ein so kolossales Autoren-Honorar ist wohl noch nirgends als in Amerika, und auch wohl Niemandem als dem berühmten Aelsten in Jasnaja Poljana gemacht worden. Graf Tolstoi hat aber das Geschäft abgelehnt.

Auktion.

Am Sonnabend den 23. d. M.
Nachmittags 2 Uhr
sollen beim Wirth Krause (Centralhalle) zu Bant:

- 1 Sopha, 1 Kleiderschrank, Bettstellen, Spiegel, Gardinenkasten, 1 Taubenschlag, messing. Theefessel, Blätterisen, Topfblumen, sowie sämtliche Küchengeräthe; ferner: eine große Partie garnirte und ungarinirte Damen- u. Mädchenhüte, Federn, Spitzen, Perlenbesätze usw.

Öffentlich meistbietend gegen Baarzahlung verkauft werden. Kaufliebhaber werden eingeladen.

Konfirmanden-Anzüge

in vortrefflichen Qualitäten und in sehr reichhaltiger Auswahl empfiehlt zu den billigsten Preisen

Siegmond Oh junior.

Verband deutscher Zimmerleute.

Lokal-Verband Wilhelmshaven.
Freitag den 22. Februar 1895
Abends 8 1/2 Uhr

Versammlung

bei Herrn Raes, Heppens.

Tagesordnung:

1. Fehung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Delegirtenwahl.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Für die Konfirmation!

Eiserne Bettstellen.

Eiserne Bettstellen mit Band-eisenboden,
Stück 6,—, 8,—, 10,—, 14,— Mk.

Eiserne Bettstellen mit Doppel-Spiralfeder-Matratzen
Stück 8.50, 10.50, 13.50, 15.50, 18,—, 20,— Mk.

Eiserne Kinder-Bettstellen
— Größe 60/130: —
Stück 9.50, 11.50, 13.50, 16,—, 18,— Mk.

— Größe 70/150: —
Stück 11.50, 13.50, 15.50, 18,—, 22,— Mk.

Matratzen

sind stets in jeder Größe auf Lager.

Wulf & Frankesen.

Der

„Jeverländer“

(Apotheker-Bitter)

nach Vorschrift von Apotheker Weichelt, fabrizirt von

Wth. Gerdes, Jever

ist der Auszug aus den vorzüglichsten magenstärkenden Arznei-Kräutern und wirkt vor jeder Mahlzeit getrunken, sehr appetitregend, nach jeder Mahlzeit genommen, verdauungsbeördernd und ist wegen seines hohen Gehalts an China-Extrakt als Schutzmittel gegen Fieber für den täglichen Gebrauch sehr zu empfehlen.

Engros-Niederlage für Bant, Wilhelms-haven und Umgegend:

R. Herbers, Bant, Werftstr. 10.

Für sparsame Hausfrauen empfiehlt

Phönix-Farben

um Aufbüchsen verklärter Kleidungsstücke, Möbelbezüge etc., sowie Stofffarben zum Auffärben aller Stoffe die

Drogerie zum Rothen Kreuz, Wertstraße 10.

Bettfedern und Daunen.

Dual A, graue Federn	Stund: 0.50.
„ B. „ Federn	0.80.
„ C. „ Halbdaunen	1.30.
„ D. hellgraue Halbdaunen	1.50.
„ E. hellgraue Daunen	2.—.
„ F. hellgraue Kupffedern	2.—.
„ G. silbergraue	2.70.
„ H. weiße Halbdaunen	3.40.
„ J. „	4.—.
Daunen, Pfund	3.—, 4.50, 5.50, 7.— Mk.

Unsere Qualitäten zeichnen sich durch besondere Füllkraft aus und finden infolgedessen allgemeine Anerkennung.

Wulf & Frankesen.

Waaren-Haus B. H. Bührmann.

Konfirmanden-Anzüge

aus guten Buchstin-Qualitäten

Mark 8.50

in allen Größen.

Gröste Auswahl bis zu den feinsten Stamm-garn-Anzügen in hochfeiner Ausführung zu sehr mäßigen Preisen.

Reinwollene Kleiderstoffe

schwarze u. farbige

Meter von

50 Pf. an.

Unerreichte Leistungsfähigkeit in Auswahl und Preiswürdigkeit!

Herm. Meinen,
Roosstraße 93,
Spezial-Geschäft für Damen-Mäntel u. Kleiderstoffe.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Zu vermietthen

zum 1. Mai eine 4-räumige Stagen-wohnung.

C. Weilschmidt, N. Wilhelmsb. Str. 44.

100 Jahre

kann es noch dauern und es kommt noch kein solcher Ausverkauf von Herren- u. Knaben-Garderoben, Unterziehzeugen, Arbeiter-Garderoben, Schuh-waaren wieder vor, wie er jetzt täglichlich im

Waarenhaus für Gelegenheitskäufe

Marktstraße 25

zu Tax- und Auktionspreisen stattfindet.

Möblirte Stube

an einen oder zwei Herren zu vermietthen.

Th. Schneider, Bantzer Straße 9.

Gutes Logis Grenzstrasse 20.

Gesucht ein Mädchen

für häusliche Arbeiten von 15—17 Jahren.

Th. Fricer, Lomndich, Küstr. Hof.

Zur scharfen Ecke.

Freitag, 22. Februar cr.,
Abends 6 Uhr:

Frische Semmel-, Blut- und Leberwurst.

Es ladet ein **H. Tiesler.**

Die Geschichte des Sozialismus

Heft 20 Pf.

Zu haben bei

G. Buddenberg,
Marktstraße 27.

Der Resteverkauf

und Verkauf zurückgesetzter Waaren
wird fortgesetzt.

Wulf & Francksen.

Janssen & Carls

Bismarckstraße.

Ca. 82 cm breites baumwollenes
farvirtes

Bettzeug

schwere Waare

Meter 30 Pf.

Größte Auswahl am Platz in

Tapeten

und Borden

bei schnellster Lieferung zu außerordentlich
billigen Preisen.

Carl Bamberger,

Farben, Maler - Utensilien und Tapeten,
Bismarckstraße 25.

Janssen & Carls

Bismarckstraße.

Ca. 82 cm breites gestreiftes

Federleinen

garantirt federdicht

Meter 50 Pf.

Janssen & Carls

Bismarckstraße.

Große ungebleichte

Frauen - Hemden

Stück 80 Pf.

Eine trächliche Ziege

mit Stoll zu verkaufen bei
Dito, Rieder Straße 2.

Oldenburg.

Sonntag den 24. Februar, Nachm. 4 Uhr:

Oeffentl. Volksversammlung

in Kropp's Hotel (früher Oppermann).

Tagesordnung:

1. Die neue Tabaksteuervorlage und ihre Folgen. Referent Herr Albert Fauré aus Bremen.
2. Freie Diskussion.

Zu dieser Protestversammlung werden die Einwohner Oldenburgs
freundlichst eingeladen.

Der Einberufer.

Rüstringer Hof.

Montag den 25. Februar 1895:

Grosser Fastnachts-

Barrenball

im närrisch ausgeschmückten Saale.

Entree frei. Tanzabonnement 1 Mark.

Anfang 8 Uhr Abends.

Hierzu ladet freundlichst ein

Th. Frier.

Barrenkappen für Damen und Herren werden
beim Eintritt verabfolgt.

Empfehle eine große Auswahl in

Kränzen, als Blatt- und Blechkränze,

Atlas- und Wachs Schleifen,

Wachs- und Stoffblumen

zu äußerst billigen Preisen.

H. Hitzegrad, Bant, Werftstraße.

Janssen & Carls

Bismarckstraße.

Größte Auswahl in

Shlipsen

und Cravatten.

Nur Frühjahrs-Neuheiten.

Bescheidene Preise.

Siehe Schaufenster.



Mariensiel.

Am Montag, 25. Februar 1895:

● Grosser ●

Fastnachts-Ball

wogu freundlichst einladet

M. Wilken.

Junge, da Krieg wir gemiß wedder natte Föt!

Janssen & Carls

Bismarckstraße.

Cut gereinigte

Bettfedern

Fsd. von 60 Pf. an.

Janssen & Carls

Bismarckstraße.

Ca. 82 cm breite

Druck - Kattune

und Baumwollenzeuge

für Haus-Kleider

garantirt waschecht

Meter 40 Pf.

Anfertigung und Lager

feinster

**Herren- und Knaben-
Garderoben.**

Sämmtliche Herrenbedarfsartikel
als: Hüte, Mützen, Schirme,
Wäsche, Shlipse, Unterzeuge.

M. KARIEL

Wilhelmshaven

Stadttheil Neubremen, Neue Wilhelmshavener Str. 1.

Der Verkauf

geschieht zu unerreich
niedrigen, jedoch streng
festen Preisen. Meine
langjährige Thätigkeit
am hiesigen Platze bürgt
für strengste Reellität.

Beilage zu Nr. 45 des „Norddeutschen Volksblattes“.

Vant, Freitag den 22. Februar 1895

Deutscher Reichstag.

41. Sitzung vom Dienstag, 19. Februar.

Am Bundesratspräsidenten, Dr. Richter, u. A.
Die Beratung des Reichstags wird fortgesetzt mit dem Etat des Reichsanwaltschafts für das Jahr 1895.

Abg. Ennecerus (Natl.) bittet zwar die Zerstörung des Entwurfsantrags, der die Mittel der Versicherungsanstalten dem landwirtschaftlichen Kreditbüros mehr als bisher zugänglich machen will, wünscht aber nicht, daß die Versicherungsanstalten durch direkte Gewährung von Darlehen den bestehenden Landes Kreditinstituten Konkurrenz machen. Sie möchten es heißen, wie die Versicherungsanstalten von Oesterreich, welche Bapiere der vorliegenden Landesversicherungsanstalt ankaufte und so indirekt der Landwirtschaft half. An der Verbesserung des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes, für welches ich das Zentrum die Verantwortung gesondert übernehme, werde ich gern mitarbeiten. Man solle aber auch positive Vorschläge machen; bis jetzt habe er aber brauchbare Vorschläge nicht gehört. Einer Kränkung der Alters- und Invaliditätsversicherung an die Berufsgenossenschaften könne er nicht das Wort reden, weil diese Verwaltung zu kostspielig werden würde. Das Rentenversicherungsgesetz, seien bessere Vorschläge noch nicht gemacht worden. Das finanzielle Ergebnis der Versicherung sei ein günstiges, es seien 300 Millionen Mark Ueberschüsse vorhanden. Trotzdem sei von keiner Seite eine Verabreichung der Beiträge beantragt worden. Darum möchten die Sozialdemokraten erkennen, daß es den bürgerlichen Parteien an Ordnung nicht fehlt. Mit einer Entscheidung des Reichsanwaltschafts, welche eine Partei einstrichen würde, wenn sie auch dem Antrag Kuer, wie er gestellt ist, nicht zustimmen könne, denn die dort vorgeschlagene Abhängigmachung der Invalidität von der Höhe des Invaliditätsbetrags werde nur zu Ungerechtigkeiten führen. Herr Kuer habe sich wohl auch kaum die finanzielle Tragweite ganz klar gemacht, sei sein Antrag ja ein würde. Wichtiger erscheine ihm die Lücke, die zwischen Kranken- und Invalidenversicherung nach der Richtung hin bestehe, daß die Krankenrente nur 13 Wochen Krankengeld jähren, Invalidenrente aber erst bei völligem Eintritt der Invalidität bewilligt wird. Er werde also gegen den Antrag Kuer stimmen, da er aber für eine Korrektur des Gesetzes sei, dem Antrag Kuer, wie er gestellt ist, nicht zustimmen könne, daß nicht einmal die Hälfte der dem Reichsanwaltschaft geleisteten Beiträge an sie in Gestalt von Renten zurückfließen. Das sei doch das Wesen einer Versicherungsanstalt, daß sie Kapital annehme und auf Zins und Zinseszins lege, damit sie in späteren Jahren ihre Verpflichtungen erfüllen kann, sonst würde sie Konkurs machen. Das Einkommen komme doch den Arbeitern zu Gute. Es werde eine Zeit kommen, wo hauptsächlich die Sozialdemokratie von dem Segen des Gesetzes überaus sein werde.

Staatssekretär v. Bülow (K.) will nur noch der Befreiung entgegenstehen, als sei die sozialpolitische Gesetzgebung in 8 Stufen getrieben. Das ist die Richtung der bisherigen Gesetzgebung abgesehen, bezweifle auch die von ihm im vorigen Sommer der Öffentlichkeit übergebenen Entwürfe. Wenn diese noch nicht an das Haus gelangt sind, so hat das seinen Grund in der Kritik, welche diese Entwürfe gefunden haben. Auch der zweite von uns ausgearbeitete Gesetzentwurf, betreffend Korrekturen der bestehenden Unfallversicherungsgesetze, wird nochmals geprüft werden und Ihnen hienächst in nächsten Jahre zugehen können. Auch bei dem Invaliditätsgesetz sind wir bereit, Mängel zu beseitigen. Keinesfalls dürfen jedoch die Grundlagen des Gesetzes verändert werden, andernfalls würde das Gesetz auf eine Basis stehen, die der ursprünglichen Charakter und Zweck des Gesetzes ganz verloren gehen und wir würden dann in der Richtung der sozialdemokratischen Staatsauffassung fortgerücken. Die Verwaltungskosten des Invaliditätsgesetzes sind auch nicht zu hoch. Früher rechneten wir 1 Mk. pro Kopf, jetzt haben sie sich auf 60 Pf. pro Kopf normiert. Die beizuliegende Begründung sind also ganz ungerechtfertigt. Ganz selbstverständlich ist, was Abg. Kuer behauptet, daß der zweite von uns gegenwärtig die Beiträge höher sind als die Renten. Das ist bei jeder Versicherung der Fall, ändert sich aber von Jahr zu Jahr mehr und schließlich ist das Angehörige der Zahl, die angewendet, die Renten höher als die Beiträge, wenn ich auch nicht, daß auf die Dauer der Versicherung den Beschäftigten nicht entzogen werden kann. Das Verhalten des Abg. Kuer, die finanziellen Kränkungen der Gesetzgeber als Verbrechen anzuweisen, sind schließlich berechtigt; es sind in dieser Sache auch schon Ermahnungen angeht worden.

Abg. Stillenberger (Soz.): Ich kann die Meinung nicht theilen, daß notwendige Mängel des Invaliditätsgesetzes zu beseitigen seien, als deren Beseitigung wir im Antrag Kuer fordern. Wenn der Abg. Ennecerus die Abkürzung der Karenzzeit in dem Vorschlag des Reichstags, so geht dies zum Krankenversicherungsgesetz und nicht zum Invaliditätsgesetz, darauf geht es auch unter Bülowen. Früher einmal hat der Staatssekretär unseren Antrag Berücksichtigung zugelegt, jetzt aber ist er dagegen. Ueberhaupt scheint es nicht den Kränkungen zu haben, daß wir uns noch in dieser Session mit irgend welchen Verbesserungsvorschlägen zum Invaliditätsgesetz werden befaßigen können, obgleich diese Novellen doch schon seit 4 Jahren in Aussicht gestellt sind. Wenn die bestehende Gesetzgebung auf die Arbeiter nicht verhängend gewirkt hat, so ist das nur ein Zeichen dafür, daß die vorhandenen Uebelstände zu tiefgehend sind, daß sie durch solche Mittel nicht aus der Welt geschafft werden können. Namentlich müßten in die Gesetz Bestimmungen hineingetragen werden, welche dem Beschäftigten bei der Invalidität in Bezug auf die Beschäftigung von Unfällen geheimer Schutz geben. Das ist ganz besonders für den landwirtschaftlichen Arbeitskreis zu wünschen. Ueberhaupt sind bei der Meinung, daß die Grundlagen der Gesetzgebung sind, sowohl des Alters- und Invaliditätsgesetzes als des Unfallgesetzes. Die Berufsgenossenschaften sind nicht in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen und auf die Dauer die Verwaltung der Unfallversicherungsgesetz-Gesellschaften durchzuführen. Derselben sind längst juristische Kapitalistische Institute geworden, die von dem Grundbesitzer ausgehen, möglichst wenig Renten an die Beschäftigten zu zahlen. Ich will in dieser Beziehung einige Beispiele anführen, welche vornehmlich aber zugleich bemerken, daß wir mit dem Antrag des Abg. Kuer völlig einverstanden sind. Besonders in Bezug auf die Auslegung des Begriffes eines Betriebsunfalls wird geradezu Unglaubliches geleistet, um der Beschäftigung der Arbeiter zu entgehen. Auch sind ferner die Gutachten, die von freien Ärzten abgegeben werden, oft ganz verschieden von den Vertrauensärzten der Berufsgenossenschaften. Wer sollte nicht jähren, den freien Ärzten die Ehre und Stimme in den Schiedsgerichten einzunehmen. Daß die Berufsgenossenschaften nach durchgeführtem Streit endlich Rechte, so muß man sich oft darüber wundern, daß sie sich nicht die Schiedsgerichte nicht zugunsten, Renten in so geringen Beträgen den Arbeitern ausbezahlen. Wie ist ein Arbeiter besetzt, der eine

Rente von 2,56 Mk. pro Monat bekommt. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Und da ist man noch der Meinung, daß es erst fischen zu machen, daß Geld fortgeschickt, selbst bei den Vorhandensein dieser Unzufriedenheit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich will ja nicht generalisiren, aber es gibt Berufsgenossenschaften, bei denen ein ganz gewaltiger großer Mangel an Liberalität und eine ganz besonders große Rigorosität in der Behandlung der Arbeiter geübt wird. Das sollte man bei den Novellen zum Gesetz beachten. Niemand möchte ich in Fortschritt bringen, auch das Handtuch in die Versicherungsgesetze mit einzuschließen und alsdann nicht nur die Gehälter, sondern auch die mitarbeitenden Arbeiter. Wenn das Handtuch die dadurch notwendig werdende Last zu tragen nicht im Stande sein sollte, so würden wir gern bereit sein, auch Staats- und Invaliditätsgesetze der Fall ist. Schließlich verlangen wir noch ein einheitliches Gesetz. Wir haben jetzt schon 6 verschiedene Gesetze und nun kommen noch 3 Novellen hinzu, es wird immer weiter geteilt. Es wäre doch eine Zentralisation der ganzen sozialpolitischen Gesetzgebung in einem Gesetzgebungsorgan ein dringendes Bedürfnis. Dazu müßte dann aber auch das Reichsversicherungsamt zu einem Reichsarbeitsamt umgeändert werden und die Beiträge müßten durch Zuschläge an den Steuern aufgebracht werden. Es ist das fassenlichen Vorkommensfällen und Werten erreicht, daß das von einem Institut, dem die Arbeiterbeiträge zu viel von ihrem Nutzen abgezogen wird, als für ein Recht bekommen. In Privatbetrieben ist dieser mickrüchtige Lohn nicht so sehr verbreitet. Ich möchte doch der Reichsbehörde anempfehlen, ob es nicht angezeigt wäre, mit dieser Reichsbehörde zu sprechen. Schließlich müßte ich das Verhalten der Landwirthe, welches aber ganz besonders zu tabeln ist. Denn während sie auf der einen Seite verlangen, daß ihr Kreditbedürfnis auf den Mitteln der Arbeiterverehrungen befreit wird, wollen sie auf der anderen Seite keine Beiträge zahlen und beschwerten sich fortgesetzt über die doch ganz nicht zu hohen Löhne. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Richter (Natl.): Ich glaube, daß die Zeit seit dem Erscheinen der Invaliditätsgesetze nur zu kurz ist, um schon so wichtige Änderungen zu schreiben. Interessant ist jedenfalls, daß ein solcher Antrag gerade von den Sozialdemokraten zuerst gekommen ist. Früher haben diese immer nur von den 80 Pf. in Renten gesprochen und überhaupt bestritten, daß es sich um eine Rentenangelegenheit handle. Jetzt das so weiter, so werden wir bald in den Sozialdemokraten die besten Freunde der Sozialgesetzgebung sehen. Eigentlich müßte das Verhalten der Landwirthe, daß die Mittel der Versicherungsanstalten ihnen zugänglich gemacht werden müßten, während sie andererseits verhindern, von den Arbeitern der sozialpolitischen Gesetzgebung befreit zu sein. Die Klagen der Sozialdemokraten über Mängel und Umbildung der sozialpolitischen Gesetzgebung betreffen jedoch auch die Arbeiter.

Abg. Hilpert (Soz.): Ich beantrage eine weitere Vertheilung der Beiträge. Auch die wohlhabenden Klassen könnten durch Steuerzuschläge zu den Beiträgen für die Alters- und Invaliditätsversicherung herangezogen werden.

Abg. Meyer (Rechtsp.) meint, der Zweck des Gesetzes, seine rechtliche Wirkung, sei nicht erreicht worden. Von Anfang an sei der Beitrag des Arbeiters ein Gegenstand des Zwiespalt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gewesen. Das die Reichsversicherungsanstalt nicht so glücklich sein konnte, hat er dem Hause berichtet, auf der Tribüne fast unheimlich polemisch gegen den Abg. Richter. In jeder sozialdemokratischen Versammlung würden die Arbeiter über die gesetzlichen Bestimmungen der sozialpolitischen Gesetzgebung. Wenn er wieder sich dann gegen das Zentrum, das 8 St. mit Ausnahme von 13 bis 14 Mitgliedern gegen das Unfallversicherungsgesetz gestimmt habe. Er erinnere an das Wort Windthorst von der Beschäftigung der Arbeiter; die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums sei also durch das Gesetz nicht zu erreichen. Das für die Rechte der Arbeiterbeiträge durch die Bewegung und zu Annehmlichkeiten der Arbeiterbeiträge zu erreichen sei, habe Abg. v. Richter nicht zugehört, als er erklärte, man hätte das Alters- und Invaliditätsgesetz nicht angenommen, wenn man den Fall des Sozialengesetzes hätte voraussehen können. Die Berufsgenossenschaften hätten das Verhalten, die Entschädigungen möglichst zu verkleinern, und in letzter Zeit habe sich auch das Reichsversicherungsamt den Einflüssen der Berufsgenossenschaften nicht mehr ganz entziehen können. Die Verkleinerung der Entschädigung ist dringend notwendig, etwas „Goldpomp vorwärts!“ könnte dabei nicht schaden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

In der Abstimmung wird der Antrag des Abg. Hilpert, betr. die Berechtigung von Witwen aus dem Versicherungsanstalten für landwirtschaftliche Arbeitskräfte und zur Erhaltung von Arbeiterwohnungen, abgelehnt, der Antrag des Abg. Kuer angenommen, der Antrag des Abg. Kuer wird in allen seinen Theilen abgelehnt, der Antrag des Abg. Kuer auf beschleunigte Vorlage einer Novelle zum Invaliditätsgesetz nahezu einstimmig angenommen.

Im Kapitel „Reichsversicherungsamt“ nimmt Staatssekretär v. Boetticher dem verstorbenen Präsidenten v. Delmberg einen warmen Nachruf. Die persönliche Zulage für den Präsidenten wird auf Antrag des Abg. v. Kardorff von 9000 auf 6000 Mk. herabgesetzt. Der Rest des Etats wird ohne wesentliche Beschneidung genehmigt und hierauf die Sitzung vertagt.

Soziales.

— Massenarbeiterentlassungen. In der alten Gießerei in Siegburg ist durch Anschlag bekannt gemacht worden, daß demnächst 1100 Arbeiter entlassen werden müßten. Auch die Arbeiter der neuen Gießerei fabrik sollen vertraulich verständigt worden sein, daß 800 Arbeiter entlassen werden würden.

— Welche Fortschritte die Konzentration des Kapitals bereits gemacht hat, darüber legen die Reisenwerke zweier Kapitalkönige breitetes Zeugnis ab. Es wird über dieselben mitgetheilt: Auf dem Eisenwerk des bekannten „Königs“ Stamm sind in Thätigkeit 3492 Defen, 439 Dampfseile, 82 Dampfmaschinen von 100 bis 50 000 Kilogramm, 21 Walzstreden, 450 Dampfmaschinen von 2 bis 1000 Pferdekraften, 1692 verschiedene Werkzeugmaschinen. Der Verkehr wird vermittelt auf 4396 Kilometer Normaleisenbahn mit 14 Lokomotiven und 542 Wagen. Desgleichen 2946 Kilometer schmalfurigen Eisenbahnen mit 14 Lokomotiven und 594 Wagen. Weiter sind vorhanden 80 Kilometer Telegraphenleitungen mit 37 Telegraphenstationen, 140 Kilometer Fernsprechleitungen (Telephon) mit 156 Sprechstellen und 55 Morse'sche Schreibapparate. An jedem Tage werden verbraucht: 33 220 Zentner Kohlen und Coles, 18 834 bis 26 898 Kubikmeter Wasser und 23 350 Kubikmeter Leuchtgas. Das Werk besitzt ein chemisch-Laboratorium, eine photographische Anstalt, eine Buchdruckerei mit 4 Dampfmaschinen und 7 Handpressen, sowie eine Buchbinderei. Einen gleichen Reichenumfang hat das Werk des Kanonen-

königs Krupp in Essen. Im Gebäude für Gießerei befinden sich dort 107 unterirdische Ziegel und Defen für Gießereifur, 20 unterirdische und 1 oberirdische Defen für Regeneratorkerzeugung. In jedem Ofen stehen 12, in den oberirdischen 90 oder 91 Ziegel, im ganzen 1730 Ziegel, in denen auf einmal 80 000 Kilogramm Stahl geschmolzen werden. Das Werk hat bis jetzt 24 000 Geschütze und Kanonen geliefert. Krupp besitzt in Deutschland 550 Gruben, in Bilbao (Spanien) 4 Hüttenwerke, in Ruvoled 11 Hochöfen, außerdem 4 Transportdampfer. In Essen selbst arbeiten 11 500 Arbeiter, in den Berg- und Hüttenwerken 8400, welche zusammen 50 000 (die letzte Zählung ergab 60 000) Familienmitglieder zu ernähren haben. 20 000 Personen wohnen in Häusern, welche Krupp errichtet, und 1700 wohnen in einer Kaserne! — Das mit solchen Reichenwerken, die Hunderttausende von Arbeitern unter ihrem Regiment haben, die Handwerker und selbst auch die Fabrikanten nicht konkurriren können und zu Grunde gehen müssen, ist selbstverständlich. Und wie hier in der Eisenindustrie, so treibt auch in allen anderen Branchen die industrielle Entwicklung immer mehr der Konzentration des Kapitals entgegen.

— Die Kosten der Berufsgenossenschaften, soweit sie Entschädigungen betreffen, betragen im Jahre 1894 44,3 Millionen gegen 38,1 im Jahre 1893, 32,3 im Jahre 1892, 26,4 im Jahre 1891, 20,3 im Jahre 1890, 14,4 im Jahre 1889, 9,6 im Jahre 1888, 5,9 im Jahre 1887 und 1,9 Millionen im Jahre 1886, dem ersten Volljahre der berufsgenossenschaftlichen Thätigkeit. Die Entschädigungen sind nicht die einzigen Ausgaben der Berufsgenossenschaften. In den Referendatsbüros müßten für 1894 die gewerblichen Berufsgenossenschaften 30 Prozent der Entschädigungen einzahlen. Der Vertheil der Entschädigungslast im Jahre 1894 zwischen den gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, sowie den Ausschichtsbehörden ebenso wie im Jahre 1893, so sind in die Referendatsbüros rund 10 Millionen zu legen gewesen. Dazu kommen noch die Kosten der Verwaltung, sowie die Ausgaben für Unfalluntersuchungen, Schiedsgerichte, Unfallversicherung u. s. w., die sicherlich 8—9 Millionen betragen haben. Man wird demnach die Gesamtausgaben, welche die staatliche Unfallversicherung für 1894 verursacht hat, niedrig schätzen, wenn man annimmt, daß sie 63 Millionen betragen hat.

— „Entbehrungselöhne“. Die oldenburger Versicherungs-Gesellschaft wird für 1894 eine Dividende von 21 1/2 pSt. oder 65 Mk. für jede Aktie zahlen. Die Dividende pro 1893 betrug 20 pSt., pro 1892 und 1891 je 21 1/2 pSt.

Vermischtes.

— Verurtheilung. Am Freitag und Sonnabend fanden vor der Strafkammer des Landgerichts Braunschweig Verhandlungen statt gegen 15 Rangierer, Wagenführer, Hilfsrangiermeister u. s., sowie gegen drei Frauen wegen unzulässiger Diebstähle, die in den letzten Jahren auf dem dortigen Güterbahnhof der Staatseisenbahn verübt worden waren. Namentlich durchgehende Wagen waren nach Befestigung der Plomben beschlagnahmt worden. Mehr Angeklagte wurden zu Zuchthausstrafen von 1 bis zu 3 1/2 Jahren, sechs Angeklagte zu Gefängnisstrafen bis zu 1 Jahr verurtheilt, zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

— Der Spanbauer Postbote Staedtle scheint mehr Nummern in seinem Sündenregister zu haben, als den Raub des Geldfasses. Die „Spanbauer Post“ schreibt: „Recht erbauende Dinge werden jetzt über das bisherige Treiben des Postsekretärs Staedtle zu Tage gefördert. In den letzten Jahren entdeckten verschiedene Schalterbeamte im Hauptpostamt oft hohe Beträge in ihren Kassen. Sie sind zwar verurtheilt, sobald sie ihren Raub auch nur auf einen Augenblick verlassen, als Geld unter sicheren Verwahrung zu bringen, aber diese Vorkehrung wird, um Zeitverlust zu vermeiden und auch im Vertrauen auf die Ehrlichkeit der anderen Beamten, nicht immer geübt. Bei der Abrechnung fehlten den Beamten unzählige Male kleinere Geldbeträge bis zu 20 Mk. Niemals wurde etwas ermittelt; am allerwenigsten fiel aber ein Verdacht auf den Postsekretär Staedtle, der bei seinen Vorgesetzten als der tüchtigste Beamte galt. Die geschädigten Beamten mußten die Freibeträge erlegen. Heute glaubt man sich darüber klar zu sein, wo das Geld geblieben ist.“

— Engländeria. Großes Aufsehen erregt in Kopenhagen die Verhaftung einer den „besten“ Reiten angehörenden Frau, die seit vielen Jahren keine Kinder in Pflege nahm. In der letzten Zeit haben fünf der Kinder — und es hat sich jetzt herausgestellt, daß die kleinen theils verhungert, theils infolge grauerer Handlung verstorben sind. Die durch diese Vorgänge empörte öffentliche Meinung verlangt eine exemplarische Bestrafung der Verbrecherin.

— Brand eines Dampfers. Durch das Umfallen einer Petroleumlampe entstand am Donnerstag Abend auf dem Dampfer der Royal Zealand Comp. „F. Inge“ ein Feuer, das in der letzten Nacht auf der See lag und nach Blitzen abgab, welche Feuer. Der ganze vordere Theil des Schiffes stand bald in Flammen. Die Rettungsmannschaften, die Feuerwerker und die Regierungsdampfer leisteten jeden Versuch, jedoch gelang es erst nach Mitternacht, den Brand zu löschen. Zwei Mann werden vermisst. Der Schaden ist ein bedeutender. Passagiere und Postkoffer wurden auf den Dampfer „Rederland“ übergeführt.

Wulf & Francksen  Anstellung fertiger Betten.	Einschläfige Betten Nr. 10 aus roth-grau gestreiftem Atlas mit 16 Pfund Federn. Oberbett 10,25 Unterbett 10,25 2 Kissen 7,— Nr. 27,50 zweischläfig Nr. 31,—	Einschläfige Betten Nr. 10b aus roth-bunt gestreiftem Atlas mit 16 Pfund Federn. Oberbett 13,50 Unterbett 13,50 2 Kissen 9,— Nr. 36,— zweischläfig Nr. 40,50	Einschläfige Betten Nr. 11 aus rothem über roth-rosa Atlas mit 16 Pfund Halbbaunen. Oberbett 17,50 Unterbett 17,50 2 Kissen 10,— Nr. 45,— zweischläfig Nr. 50,50	Einschläfige Betten Nr. 12 Oberbett aus rothem Daunenlöper, Unterbett aus roth. Atlas mit 16 Pfund Daunen u. Federn. Oberbett 22,— Unterbett 20,50 2 Kissen 12,— Nr. 54,50 zweischläfig Nr. 61,—
--	--	---	---	---

Freiwillige Feuerwehr.
Einladung
 zu der am **Sonnabend den 23. Februar 1895** im Vereinslokal (beim Kameraden C. Oldewurtel) stattfindenden
Feier des 15. Stiftungs-Festes
 bestehend in
 Konzert, Theater, komischen Vorträgen und Ball.
Anfang 8 Uhr Abends.
 Das Festkomitee.

Gesangverein „Lätitia“.
Sonnabend den 23. Februar 1895:
Grosser Maskenball
 in den festlich decorirten Räumen der „Burg Hohenzollern“ (W. Borsum).
Sensationelle Aufführungen!!
Anfang 8 Uhr Abends. Demaskirung 12 Uhr.
 Herrenkarte **Nr. 1,25**, Damenkarte **0,75** **Nr.**, Zuschauer **0,50** **Nr.**
 Zuschauer, welche sich am Ball betheiligen, zahlen **50** **Pf.** nach.
 Karten sind zu haben bei den Herren Buchbinder Hollander, Gastwirth Lückener, Dummert (Burgkeller), Eiler's Hotel, Burg Hohenzollern, Kaufmann Janßen, Marktstraße, Gastwirth Tzacks, Marienfel, Wendland's Restaurant, sowie bei sämtlichen Vereinsmitgliedern.
 Karten sind an der Kasse **nicht** zu haben.
Der Vorstand.

Gesangverein „Harmonie“
Sonnabend den 23. Februar:

Grosser Maskenball
 im Saale des Herrn Raschke, Tonhalle.
Großartige Aufführungen!!
 Unter Anderem:
Neu! Die beiden Sibengebliebenen. Neu!
Anfang 8 Uhr Abends.
 Karten für maskirte Herren **1,25** **Nr.**, für Damen **75** **Pf.**, Zuschauer **75** **Pf.** sind zu haben bei den Herren Raschke (Tonhalle), Demmen (Hof von Oldenburg), Vereinslokal, sowie bei sämtlichen Mitgliedern. — Zuschauer können nach der Demaskirung ohne Nachzahlung am Ball theilnehmen.
Der Vorstand.

Geschäfts-Eröffnung.
 Einem verehrlichen Publikum von Wilhelmshaven, Bant und Umgegend zeige höflichst an, daß ich **Grenzstrasse 52** eine
Bau- und Möbel-Tischlerei
 eröffnet habe. Indem ich nur durchaus solide und dauerhafte Arbeit bei billigster Preisstellung und prompter Lieferung verspreche, bitte ich um gütige Unterstützung meines Unternehmens.
 Meine Wohnung befindet sich **Gde Kieler- und Peterstraße.**
 Hochachtung
Paul Kaulfuss,
 Tischlermeister.

Achtung! Oldenburg. Achtung!
Sonntag den 24. Februar:
Grosses Narrenfest
 veranstaltet vom
Gesangverein „Vorwärts“
 im Saale der Wittve Katjen, Eversten.
Großartiges Programm! Großartiges Programm!
 Unter Anderem:
 „Der Zuck von Resau“ — „Die böhmische Orgel“ — „Der Schrecken von Grünberg“ oder: „Das Ungeheuer von einem Schneider“ usw. usw.
 Punkt **9** Uhr: Aufführung der Polonaise unter Mitwirkung der Petersfehner Dorfkapelle. Der Saal ist festlich decorirt und wird durch Tausende von Lampen schönhaft beleuchtet.
 Entree **50** **Pf.**, an der Kasse **60** **Pf.**. Karten sind bei den Mitgliedern, sowie bei Diermann und Satin erhältlich.
 Narrenkappen sind an der Kasse zu haben. — **Anfang 5 Uhr.**
 Zu zahlreicher Betheiligung ladet ein
Das Festkomitee.

Geschäfts-Eröffnung.
 Einem geehrten Publikum von Bant, Wilhelmshaven und Umgegend diene zur Kenntniß, daß ich **Neue Wilhelmshavener Straße 59**
 ein **Spezial-Geschäft in**
Tapeten, Borden und Farben
 eröffnete. Da ich meine Waaren nur aus den bedeutendsten Fabriken beziehe, so bin ich in der Lage, bei größter und schönster Auswahl zu den billigsten Preisen liefern zu können. Um geneigten Zuspruch bittend,
 zeichne hochachtungsvoll
A. H. Biller, Malergeschäft.

Zu verkaufen:
4000 Pfd. schöne, sehr mürbefoh. grüne Erbsen
 à Pfd. **10** **Pf.**, **100** **Pfd.** **9** **Nr.**
C. Bargaen,
 Himmelreich bei Rüstorfel.

Zu vermietthen
 zum **1. Mai** eine Ober- und zwei kleine Unterwohnungen, jede mit etwas Gartengrund.
J. C. Ricklefs, Ropperhördn.

Parfüms
 in verschiedenen Gerüchen, isfalschen und lose,
Medizin. und Toilette-Seifen
 empfiehlt sie
Drogerie zum Rothen Kreuz,
Werftstraße.
Einziges Lager
komplet fert. Särge.
Th. Popken,
Bismarckstraße 34a.

Druckarbeiten aller Art werden schnell u. sauber angefertigt in **Paul Hug's Buchdruckerei.**

Verantwortlich für die Redaktion: **L. B. Karl Schicht**, Druck und Verlag von **Paul Hug**, Weide in Bant.